

FDP-Landesverband Brandenburg  
Behlertstr. 35  
14467 Potsdam

## **Wahlprüfsteine der Umwelt- und Naturschutzverbände zur Landtagswahl Brandenburg 2014**

### **Energiepolitik / Braunkohle / Klimaschutz:**

Brandenburg ebnet die Braunkohle als Brückentechnologie nach jetzigem Stand noch bis mindestens 2040.

Zu der Frage der Abaggerung weiterer Gemeinden hat sich die FDP-Landtagsfraktion in einem Antrag (DS 5/9150) dafür ausgesprochen, die Brandenburger Bevölkerung per Befragung in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Das Votum der Bevölkerung werden wir umsetzen.

### **Agrarpolitik/Gentechnik:**

Nein. Die FDP-Landtagsfraktion schließt sich dieser Forderung nicht an. In Brandenburg ist eine gute, artgerechte Tierhaltung auf hohem Niveau eine Selbstverständlichkeit. Den bestehenden Rechtsrahmen auf Bundes- und EU-Ebene sehen wir als ausreichend an.

Der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen könnte unumkehrbare Folgen mit sich bringen. Durch konventionelle Landwirtschaft sind derzeit genügend Kapazitäten vorhanden, um eine breite Versorgung sicher zu stellen. Deshalb lehnt die FDP Brandenburg derzeit den Einsatz von Gentechnik ab.

Die FDP-Landtagsfraktion unterstützt die Forderung, mehr öffentliches Geld für öffentliche Leistungen zu investieren, um die Leistungen von Landwirten für Natur und Landschaft (z.B. Deichpflege, siehe unser Antrag DS 5/8766) besser als bisher zu honorieren.

### **Biologische Vielfalt/Naturentwicklungsgebiete im Wald:**

Wir unterstützen die Forderung dass weitere Naturentwicklungsgebiete im Wald ausgewiesen werden, wenn der Eigentümer dies so wünscht. Insbesondere soll der Landesbetrieb Forst weitere Flächen zur Verfügung stellen und damit zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen. Für uns Liberale stellen die Wälder einen wichtigen Aspekt der biologischen Vielfalt dar, deren ökosystemare Leistungen bislang kaum bewertet sind, dennoch als umso wertvoller gelten müssen. (Siehe hierzu der von unserer Fraktion initiierte und von den Fraktionen von SPD und LINKE unterstützte Antrag DS 5/9300)

### **Ländlicher Raum:**

Aus Sicht der FDP-Fraktion sind folgende Punkte elementar für die wirtschaftliche und naturräumliche Entwicklung des ländlichen Raums: Eine solide ausfinanzierte Verkehrsinfrastruktur und attraktive Angebote im ÖPNV, die Sicherung der medizinischen Versorgung und die Aufrechterhaltung eines breiten Bildungsangebotes. Die Landwirtschaft muss auch künftig mittelständisch ausgeprägt sein mit dem Ziel, die Versorgung der Brandenburger Bevölkerung sicherzustellen. Hinsichtlich unserer Pläne für die Ausgestaltung der Agrarpolitik im Kontext starker ländlicher Räume haben wir eine Reihe parlamentarischer Initiativen gestartet (DS 5/4072; 5/4764), auf die wir in diesem Zusammenhang verweisen.

### **Verkehr:**

Um möglichst viele Orte im Land Brandenburg an das Verkehrsnetz anzuschließen, müssen die Angebote des Straßen- und Schienenverkehrs einander sinnvoll ergänzen und besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. Der Handlungsbedarf ist dort am größten, wo gegenwärtig keine Angebote existieren. Entstehende Lücken sollten durch flexible Angebote (z.B. Bürger-Busse, Ruf-Busse) geschlossen werden. Neben einer auskömmlichen und soliden Finanzierung im Straßen- und Schienenverkehr, gilt es, diese alternativen Verkehrsangebote stärker als bisher zu fördern. Entsprechend hat die FDP-Landtagsfraktion eine Erhöhung der Mittel für den ÖPNV gefordert (DS 5/8558).

Ein achtstündiges Nachtflugverbot für den Flughafen Berlin-Brandenburg halten wir für wirtschaftlich nicht sinnvoll, zumal dieser ein Drehkreuz für den internationalen Flugverkehr werden soll. Das gestaltet sich mit einem achtstündigen Nachtflugverbot generell sehr schwierig. Das gerichtlich geprüfte und beschlossene Nachtflugverbot von 24 bis 4 Uhr wollen wir durchsetzen. Dafür steht die FDP Landtagsfraktion.

### **Alleen:**

Alleen müssen in ihrer heutigen Dimension und mit ihrem Charakter erhalten bleiben. Das bedeutet aber auch, dass ein praktikabler Weg gefunden werden muss, um die Nachpflanzung von Allee-Bäumen zu finanzieren. Eine Nachpflanzung im Verhältnis eins zu eins würde durch die Mischung verschiedener Baumalter die typische Alleen-Charakteristik auflösen. Aus diesem Grund geht die derzeitige Alleenkonzeption der Landesregierung auf die Möglichkeit ein, Alleen gegebenenfalls auch an anderer Stelle neu entstehen zu lassen. So soll langfristig eine homogene Altersstruktur der Alleen erreicht werden, wie sie für das Landschaftsbild Brandenburgs typisch und touristisch attraktiv ist.

### **Großschutzgebiete:**

Die FDP Brandenburg bekennt sich zur Arbeit und damit zum Bestand der 15 Großschutzgebiete im Land. Um deren Arbeit auch künftig abzusichern, hat sich die FDP-Landtagsfraktion wiederholt – unter anderem in einem Antrag (Drucksache 5/4050) für eine Reform der Naturschutzverwaltung ausgesprochen. Der von der Landesregierung ins Spiel gebrachten Bündelung der Großschutzgebiete in einer Stiftung stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings hat die zuständige Ministerin bislang keine Aussagen über die Struktur der Stiftung und deren landesseitige Ausfinanzierung gemacht. Hier gilt es, nach der Wahl zügig nachzuarbeiten und zu einer tragfähigen Lösung zu gelangen.

### **Umwelt- und Naturschutzbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung:**

Bereits heute verfügt das Land über vielfältige Angebote in diesem Bereich, etwa im Nationalparkhaus in Criewen. Die zwischenzeitliche Schließung der Landeslehrstätte in Lebus haben wir – anders als die Umweltministerin – weniger als Verlust betrachtet, denn als Möglichkeit, die bestehenden Angebote noch zielgerichteter zu vermarkten. Die in der Folge der Schließung der Landeslehrstätte entstehenden mobilen Schulungsangebote begrüßen wir ausdrücklich, da hierdurch der Zugang zu den Angeboten der entsprechenden Bildungsangebote erleichtert und der Empfängerkreis erweitert werden kann.

Im Rahmen der Gestaltung der Schullehrpläne sollte es künftig noch stärker gelingen, der Umwelt- und Naturschutzbildung im regulären Unterricht größere Bedeutung einzuräumen. Hier sind die Schulen in der Verantwortung, mit den Bildungsträgern zusammenzuarbeiten.

### **Bürgerbeteiligung und Transparenz:**

Bei Planungsverfahren ist insbesondere eine frühe und transparente Diskussion notwendig, um die Akzeptanz der Bürger vor Ort zu erhalten. Hierzu könnte etwa beitragen, wenn die Zahl der zulässigen Themen auch auf den Bereich der Bauleitplanung ausgeweitet würde.

Die Stärkung der direkten Demokratie ist eine Möglichkeit, um die bestehende Politikverdrossenheit zu verringern. Bürger wollen sich in die politische Diskussion einbringen. Damit dies auch in einer Erfolg versprechenden Weise geschieht, setzt sich die FDP Brandenburg für die Einführung von freien Sammlungen außerhalb den Abstimmungsbehörden bei Volksbegehren ein.